

Schafft die FDP den Turnaround?

BERN. Die FDP ist deutlich besser aufgestellt als auch schon. Laut Vizepräsident Hutter verdankt sie dies der Klärung der eigenen Positionierung. Diese Klärung soll heute an der Delegiertenversammlung in Zürich trotz Widerstand weitergehen.

MICHAEL BRUNNER

FDP-Vizepräsident Markus Hutter relativiert: «Umfragen sind halt nur Umfragen. Bereit sein müssen wir am Wahltag.» Aber natürlich seien die guten Umfragewerte ermutigend, sagt der Winterthurer Nationalrat. «Und sie bestätigen meinen Eindruck, dass wir gut unterwegs sind.»

Nun ist es nicht so, dass die FDP-Bäume laut den Meinungsumfragen plötzlich in den Himmel wachsen würden. Aber gemäss dem jüngsten GFS-Wahlbarometer würde die Partei das Resultat der Nationalratswahlen von 2007 bestätigen. Sie käme auf 17,7 Prozent, exakt den Wähleranteil, den FDP und Liberale (damals noch getrennt antretend) zusammen erreichten. Gemäss einer anderen Umfrage dürfte die FDP bei den Kantonsratswahlen in Zürich gar leicht zulegen.

Beides wäre aus verschiedenen Gründen bereits ein grosser Erfolg für die FDP. Denn erstens musste die Partei die Fusion von FDP und Liberalen verkraften. Zweitens hat die FDP seit 1979 jede Nationalratswahl verloren. Drittens wird die Konkurrenz in der politischen Mitte wegen der neuen Parteien GLP und BDP immer grösser. Viertens hat die jüngste Wirtschaftskrise, die wegen der UBS selbst in der Schweiz massive Staatseingriffe notwendig machte, manche liberalen Grundüberzeugungen erschüttert.

Klarer gegen EU-Beitritt

Immerhin, dass in der Schweiz der wirtschaftliche Aufschwung sehr rasch wieder einsetzte, dürfte der FDP zugute kommen. Allein das kann die Stabilisierung aber nicht erklären. Möglicherweise liegt es daran, dass die Partei gut auf den neuen Zeitgeist des nationalen Hochgefühls reagiert hat. Hutter sagt, die FDP habe ihr Profil geschärft, indem sie im vergangenen Herbst das langfristige Ziel EU-Beitritt gestrichen habe, und seither voll auf den bilateralen Weg setze. Heute in Zürich müsse diese Klärung der eigenen Position weitergehen. Das Thema: die massive Zuwanderung. Damit fasst die FDP ein heisses Eisen an. Einerseits ruft die Wirtschaft wei-

terhin nach qualifizierten neuen Arbeitskräften aus der EU. Eine Aufkündigung des Freizügigkeitsabkommens, wie es die SVP will, kann für die FDP also keine Option sein. Andererseits beunruhigt die massive Zuwanderung auch FDP-Anhänger. Die Partei versucht das Dilemma zu lösen, in dem sie vor allem die Zuwanderung unqualifizierter Menschen von ausserhalb der EU so stark einschränken will, wie es Völker- und Menschenrechte zulassen. Weil diese Nicht-EU-Bürger in der Schweizer Migrations-

politik heute schon schlechte Karten haben, ist der Spielraum allerdings gering. Bei der Personenfreizügigkeit mit der EU beschränkt sich die FDP mehr oder weniger auf kosmetische Eingriffe. Zudem will sie die Folgen abfedern. Sie propagiert verdichtetes Wohnen sowie unbürokratischeres Bauen, und schlägt so den Bogen zu ihrer Bürokratiestopp-Initiative.

Mehr als ein Zwischenhoch?

Ob diese Strategie aufgeht, ist offen. Fragen bleiben: So werden sich heute vor allem FDP-Delegierte aus der Romandie querstellen. Aus ihrer Sicht werden Ausländer aus Drittstaaten etwas allzu offensichtlich zu Sündenböcken gemacht. Dann besteht die Gefahr, dass beim Thema Ausländer

schlussendlich wieder einmal nur das Original, die SVP, profitiert. Auch die Wohnoffensive ist zwiespältig: Nicht jeder FDP-Anhänger will verdichtet wohnen. Und Umfragen sind eben tatsächlich nur Umfragen. Allein wegen des Stichprobenfehlers ist es auch denkbar, dass die FDP gut zwei Prozent verlieren (oder gewinnen) wird.

Selbst wenn die FDP im kommenden Herbst erstmals seit über 30 Jahren wieder zulegen könnte, wäre der Turnaround nicht mit Sicherheit geschafft. Das zeigt das Beispiel der CVP. 2007 legte sie erstmals nach langen Jahren des Niedergangs wieder leicht zu. Doch offenbar war das nur ein kleines Zwischenhoch. Laut jüngsten Umfragen geht es mit der Mittepartei bereits wieder steil bergab.



Sie packen heute in Zürich ein politisch heisses Eisen an: FDP-Delegierte an der letztjährigen Delegiertenversammlung. Bild: key

SPLITTER & SPÄNE

Ähnlich störrisch wie **Hosni Mubarak** reagieren die Behörden in Bern auf den Druck der Bevölkerung, zumindest wenn es um das Quitschtram geht. Zur Erinnerung: Seit zwei Monaten fährt das bekannte und lautstark quitschende Blaue Bähnli nicht mehr nur nach Worb, sondern auch ins Fischermätteli-Quartier. Jetzt haben die Behörden teilweise eingelenkt. Das Quitschtram wird am frühen Morgen durch andere Kompositionen, am Abend ab 21 Uhr durch Busse ersetzt. Das reicht den Anwohnern nicht, sie wollen das Tram überhaupt nicht mehr. Fortsetzung folgt bestimmt.

Im Ruf, nicht besonders beweglich zu sein, steht auch die SP. Doch nun zeigen einige junge SP-Männer um Juso-Präsident **Cédric Wermuth** und den Winterthurer Stadtrat **Nicolas Galladé**, dass sie auch für eine Überraschung gut sein können. Im Manifest der sozialdemokratischen Männer treten sie dem Klischee des frauenverachtenden linken Mannes entgegen. «Wir trinken gerne Bier, wir schauen viel Fussball und rasieren uns nicht häufiger als unbedingt nötig.» Die ungewohnten Macho-Töne erschreckten die «NZZ». Solchen Männern sollte man das Gewehr wegnehmen, frotzelt die sonst liberale Zeitung im Hinblick auf die morgige Abstimmung über die Waffenschutz-Initiative.

MICHAEL BRUNNER

Pass verweigert

LAUSANNE. Ein Algerier, der in der Schweiz Asyl erhalten hat, bekommt keinen Schweizer Pass. Das Bundesgericht stützte einen Entscheid der Freiburger Behörden, die dem Mann vorwerfen, sich nicht von der Islamischen Heilsfront (FIS) distanzieren zu haben. Im August 2008 hatten der 61-jährige Algerier und seine Frau das Gemeindebürgerrecht von Marly FR bekommen. Doch der Freiburger Grosse Rat verweigerte dem Algerier das Bürgerrecht. Das Bundesgericht hat diesen Entscheid in letzter Instanz bestätigt. Massgeblich für die verweigerte Einbürgerung ist nach Ansicht der Richter, dass der Algerier sich nicht von den terroristischen Aktivitäten der FIS distanziert hatte. (sda)

IN KÜRZE

Tunnelübergabe bereits 2016

BERN. Der Gotthardbasistunnel soll bereits im Jahr 2016 an die SBB übergeben werden. Dies bestätigte die Bauherrin Alptransit AG gegenüber der Neat-Aufsichtsdelegation des Parlaments. Ob auch der erste Zug ein Jahr früher als geplant durch den Tunnel fährt, ist offen. Ein Testbetrieb mit mehreren Phasen sei nötig, bevor der kommerzielle Tunnelbetrieb aufgenommen werden könne, teilte die Delegation gestern mit. Die Parlamentarier hatten sich am Donnerstag von Alptransit, SBB und Vertretern des Bundes über den Stand der Neat-Arbeiten informieren lassen.

Burkhalter trifft Schavan

BERLIN. Bundesrat Didier Burkhalter verbringt das Wochenende in Berlin, wo derzeit die Filmfestspiele stattfinden. Gestern traf er mit der deutschen Bildungsministerin Annette Schavan zusammen. Laut seinem Sprecher Jean-Marc Crevoisier hat Burkhalter mit Schavan darüber gesprochen, wie viele ausländische – und insbesondere deutsche – Studierende an Schweizer Hochschulen aufgenommen werden könnten. Thema waren auch europäische Forschungsprogramme mit Schweizer Beteiligung. (sda)

Grünliberale Öko-Initiative hat Nase vorn

BERN. Umwelt- wie Wirtschaftsverbände finden die GLP-Idee zur grünen Umgestaltung der Wirtschaft besser als jene von SP und Grünen.

MARCELLO ODERMATT

Um die Führerschaft in der Schweizer Klima- und Energiepolitik findet derzeit ein regelrechtes Gerangel statt. In der öffentlichen Wahrnehmung sind Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen zwar in den Hintergrund gerückt. Gleichwohl überbieten sich die Parteien im Hinblick auf die anstehenden Wahlen im Herbst mit Initiativen zur grünen Umgestaltung der Wirtschaft. Seit März 2010 läuft die Unterschriftensammlung für die Cleantech-Initiative der SP «neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien». Die Partei will den Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 auf 50 Prozent erhöhen und rund 100'000 Arbeitsplätze schaffen. Erst im Januar lancierten die Grünen eine Initiative, mit der sie die in der Bundesverfassung festgehaltene Wirtschaftsordnung mit den Begrif-

fen Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz ergänzen wollen. Während SP und Grüne mit ihren Begehren umfassend vorgehen, wählen die Grünliberalen (GLP) den konkreten Weg: Sie wollen die Mehrwert- durch eine Energiesteuer ersetzen. Nicht erneuerbare Energien sollen stärker besteuert werden. Die Initiative wurde im November beschlossen. Zudem sind im Parlament zwei Umweltinitiativen hängig: Die Klima-Initiative der Umweltverbände für ein verbindliches CO₂-Reduktionsziel sowie die Offroad-Initiative der jungen Grünen.

Linke «Wunschkonzerte»

Die betroffenen Akteure wie Umwelt- und Wirtschaftsverbände sind von den neusten Entwicklungen nur bedingt überzeugt. Am besten schneiden allerdings auf beiden Seiten die Grünliberalen ab und nicht etwa die bisherigen Umweltspezialisten von SP und Grünen, auch wenn die Umweltverbände «grundsätzlich» zumindest «ideell» jedes Vorhaben unterstützen, das erneuerbare Energien fördert, wie es diplomatisch bei Greenpeace heisst. Doch vorerst wollen sich die Umweltver-

bände ohnehin nur für ihre eigene Klima-Initiative engagieren. Gleichwohl können sich die Umweltverbände für die GLP-Initiative mehr erwärmen als für die Grundsatzbegehren von SP und Grünen: Letztere will Jürg Buri, Geschäftsführer der Schweizerischen Energie-Stiftung, zwar nicht verteuern. Es seien aber eher «Wunschkonzerte». «Spannender» sei die Idee der Grünliberalen. Wer die Wirtschaft auf Nachhaltigkeit umstellen wolle, müsse die Anreize und die Spielregeln ändern. «Nur so erhalten alternative Energieformen und saubere Technologien überhaupt eine Chance.»

Teils ähnlich sieht dies gar der Wirtschaftsverband Economiesuisse, der allerdings an einer eigenen Strategie zur «Green Economy» tüfelt. So setzt Geschäftsleitungsmitglied Dominique Reber hinter die SP-Initiative Fragezeichen. Die Kosten für die geförderten Arbeitsplätze könnten so hoch sein, dass mehr Jobs wegfielen als entstünden. Zudem warnt er davor, sich vom unklaren Begriff «Cleantech», hinter dem auch Partikularinteressen stünden, blenden zu lassen. Den Ansatz der Grünliberalen hingegen

sei «interessant», auch wenn er einen Zielkonflikt ausmacht: «Wenn eine Energiesteuer greift und die Menschen weniger Energie benutzen, dann fehlt das Geld in den Sozialversicherungen oder beim öffentlichen Verkehr.»

Möglichst wenig Vorschriften

Und auch beim Verband Cleantech Schweiz punkten die Grünliberalen, auch wenn die anderen Initiativen keineswegs abgelehnt werden. Laut Swissecleantech-Präsident Nick Beglinger haben mit der GLP bereits Gespräche stattgefunden. Deren Idee sei «am interessantesten». Vorerst will sich sein Verband aber lieber auf die eigene Strategie konzentrieren und mithelfen, den Masterplan des Bundes umzusetzen. Denn auch dieser hat sich der nachhaltigeren Wirtschaft verschrieben. Im Herbst lancierte er dazu den Masterplan Cleantech. Im Gegensatz zu den Initiativen, die auf Eingriffe und Vorgaben setzen, soll hier eher die Freiwilligkeit gefördert werden. Das Ziel müsse sein, so Beglinger, die nachhaltige Wirtschaft mit so wenig Aufwand und mit so wenig Vorschriften wie möglich zu erreichen.